

Pressekonferenz

des Dienststellenausschusses für die Universitätslehrer

Montag, 19. März 2001, 10.15 Uhr,

Senatssitzungssaal, Universitäts-Hauptgebäude, 1. Stock

- **Veranstalter** : **Dienststellenausschuss** für die Universitätslehrer an der Universität Innsbruck, das ist das für die bediensteten **Universitätslehrer** (Universitätsprofessoren, Universitätsassistenten, Vertragsassistenten, Bundes- und Vertragslehrer) der Universität Innsbruck - mit Stichtag 24. Februar 2001 insgesamt **1461** Personen – zuständige Organ der Personalvertretung
- **Anwesende** : Dr. Ludwig **CALL**, Vorsitzender des Dienststellenausschusses ; Univ.-Prof. Dr. Rudolf **PALME**, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden ; A. Univ.-Prof. Dr. Josef **HAGER**, 2. Stellvertreter des Vorsitzenden ; A. Univ.-Prof. Dr. Thomas **LUGER**, Mitglied des Zentralausschusses
- **Zweck der Pressekonferenz** : Präsentation des **vorläufigen Ergebnis** es der vom Dienststellenausschuß vom 26. Februar bis 16. März 2001 unter allen Universitätslehrern durchgeführten **Meinungserkundung** zu ihrer Meinung zu "**Neues Dienstrecht**" und "**Ausgliederung der Universitäten**". Das endgültige Ergebnis wird am Abend des Mittwoch, 21. März 2001 vorliegen, da der Postrücklauf der bis Freitag, 16. März 2001, abgebbaren Stimmen erfahrungsgemäß mehrere Tage dauert.
- **Zweck der Meinungserkundung** : Die Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau E. **GEHRER**, hat mehrfach **in der Öffentlichkeit behauptet**, daß die von ihr am 12. Dezember 2000 in groben Zügen und schlagwortartig präsentierten Vorstellung zu einem "**Neuen Dienstrecht**" ("Vier-Säulen-Modell" mit weitgehend nur zeitlich befristeten Dienstverhältnissen) und zur "**Ausgliederung der Universitäten**" (Entlassung der Universitäten in die Vollrechtsfähigkeit) **von 70 % der Universitäten gutgeheißen** würden. Diese Zahl stammt daher, daß im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung der Rektoren und der Senatsvorsitzenden aller österreichischen Universitäten 70 % der Anwesenden (25 von 36 Mitgliedern dieses Gremiums), nämlich 18 Personen, diesen Vorstellungen zugestimmt haben. Diese Meinungsbildung stellt aber die rein persönliche Meinung der Rektoren/Senatsvorsitzenden dar. Die Meinungserkundung des Dienststellenausschusses hat den Zweck, diese Behauptung der Frau Bundesministerin **auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen bzw. zu widerlegen**.

Entgegen anderslautenden Pressemeldungen hat die Meinungserkundung nicht die Frage zum Gegenstand, ob in Reaktion auf den bisher enttäuschenden, praktisch ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen Protestmaßnahmen (z.B. Aussetzung der Vorlesungstätigkeit, eintägiger Warnstreik) ergriffen werden sollen.

- **Teilnehmer der Meinungserkundung** : insgesamt **1461 Universitätslehrer**. Auf Grund der Daten der Personalabteilung sind 92 Universitätslehrer derzeit für längere Zeit karenziert oder freigestellt, d.h. für längere Zeit außerhalb Innsbruck tätig und in Innsbruck nicht erreichbar; die an sie adressierte Aussendung des Dienststellenausschusses ist daher teilweise retourniert worden. Diese Universitätslehrer wurden für die Ermittlung der Wahlbeteiligung außer Betracht gelassen.
- **Fragen der Meinungserkundung** : Jedem Universitätslehrer wurden folgende zwei Fragen gestellt :

1. Ich bin der Ansicht, daß das von der Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur am 15.12.2000 in groben Zügen präsentierte "Neue Dienstrecht" ("Vier-Säulen-Modell" ; fünfstufiges Modell für Ärzte) besser als das derzeit geltende Dienstrecht (Beamten-Dienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz) geeignet ist, den Universitäten die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben zu ermöglichen. Ich wünsche daher, daß das "Neue Dienstrecht" Gesetzeskraft erlangt :

JA

NEIN

2. Ich halte die von der Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur am 15.12.2000 präsentierten Vorstellungen der "Ausgliederung der Universitäten" ("Vollrechtsfähigkeit") für den grundsätzlich falschen Ansatz. Ich wünsche daher, daß diese Vorstellungen keinesfalls Gesetzeskraft erlangen ::

JA

NEIN

- **Form der Durchführung** : nach den sehr strengen Bestimmungen einer **Briefwahl**. Das Verzeichnis der Stimmberechtigten und die Adressetiketten wurden von der ADV-Abteilung der Universitätsdirektion aus der Datei der bediensteten Universitätslehrer der Personalabteilung erstellt. Jeder Stimmberechtigte erhielt persönlich eine Stimmkarte, ein beiges, nicht zu beschriftendes Kuvert, ein größeres, weißes, Kuvert, auf dem bereits den Hinweis "Absender" und die Adresse des Vorsitzenden des Dienststellenausschusses aufgedruckt sind, sowie ein Begleitschreiben. Der Rücklauf jedes weißen Kuverts wurde im Verzeichnis der Stimmberechtigten vermerkt. Die Auswertung erfolgte im Auftrag des Dienststellenausschusses durch die oben genannten Vertreter des Dienststellenausschusses unter strikter Wahrung der Anonymität. Die Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen stimmt exakt mit der aus dem Abstimmungsverzeichnis ermittelten Zahl überein.
- **Vorläufiges Ergebnis** : Die Auswertung der Stimmkarten am 17. März 2001 ergab :

Wahlbeteiligung : bis Freitag, 16. März 2001, 18 Uhr, sind **968 Stimmen** eingelangt. Das entspricht (unter Außerachtlassung der karenzierten oder

freigestellten Universitätslehrer ; siehe oben) einer **Rücklaufquote von 70.71 %**. Dieser Wert wird sich bis Mittwoch, 21. März 2001, noch erhöhen.

Antworten auf die **erste Frage** :**80** **JA**-Stimmen = 8.26 %
860 **NEIN**-Stimmen = **88.85 %**
28 ungültige Stimmen = 2.89 %

Somit haben sich knapp neunzig Prozent gegen das "Neue Dienstrecht" ausgesprochen

Antworten auf die **zweite Frage** :**798** **JA**-Stimmen =**82.44 %**
142 **NEIN**-Stimmen = 14,67 %
28 ungültige Stimmen =

2.89 %

Somit haben sich deutlich mehr als achtzig Prozent gegen die "Ausgliederung" der Universitäten ausgesprochen

Im Auftrag des Dienststellenausschusses

6020, 19. März 2001

(Dr. Ludwig CALL, Vorsitzender)